

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Preis: 10 Pfennig monatlich (ein Haus 2 RM, halbjährlich 5 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699. Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckjahr: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal getheilte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. In Familien-Anzeigen 0,20 RM. Für die Restzeile am liebsten an den dreifachen Teil einer Zeile 1,20 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Mittelbühnenstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 21. März 1928

Nummer 69

Koalition in Hamburg

Die SPD überläßt den Bürgerlichen die Führung / Petersen bleibt erster Bürgermeister / Der Verrat an der Arbeiterschaft

Hamburg, den 20. März.

Die Verhandlungen zwischen der SPD, Demokraten und Volkspartei über die Regierungsbildung sind heute vormittag zum Abschluß gekommen. Der Senat soll künftig statt aus 15 nur aus 12 Mitgliedern bestehen. Die SPD stellt davon nur die Hälfte. Auch die Demokraten haben gegenüber der Volkspartei einen Teil ihrer Rechte abgegeben. Bürgermeister bleibt bis zum 1. Januar 1930 der Demokrat Dr. Petersen. Nach 1930 soll dann Dr. Petersen an die 2. Stelle treten und die 1. Stelle ein Sozialdemokrat übernehmen. Die bürgerlichen Parteien behielten also die Mehrheit im Senat, da bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag gibt. Um diese Koalitionsverhandlungen perfekt zu machen, ist eine Änderung des verfassungsmäßigen Senatsgesetzes notwendig.

Der Rückhand, der zwischen den Parteien der Bürgerlichen und der Sozialdemokratie zu der Hamburger Bürgerlichkeit geführt wurde, kennzeichnet wieder die Stellung der SPD. In der Arbeiterschaft und vor allem unter den sozialdemokratischen Arbeitern herrscht große Erregung, daß man die Mehrheit im Hamburger Senat nicht gewonnen hat. Ohne die Mindestforderung der Arbeiter zu beachten, die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit auszunutzen, nahmen die Sozialdemokraten Verhandlungen mit den Volksparteilern und den Demokraten auf, zwecks Bildung der Regierung der Großen Koalition.

Das Ergebnis war, die Bildung einer Regierung, wobei die Koalitionsparteien nahezu die Hälfte aller Sitze bekommen haben. Die Demokraten und Volksparteiler erhielten je drei hauptamtliche Senatsmitglieder. Die halbamtlichen Mitglieder werden nachträglich noch bestimmten Ausschüssen aufgestellt, und zwar zwei Volksparteiler und zwei Sozialdemokraten. Hinsichtlich der Bürgermeisterposten wurde festgelegt, daß 1928 und 1929 der Demokrat Petersen als 1. Bürgermeister bleiben, und als 2. Bürgermeister

weiterhin ein Sozialdemokrat. 1930 soll dann ein SPD-Mann 1. Bürgermeister werden, während Petersen 2. Bürgermeister wird. Bezeichnend ist, daß der SPD eingeräumt wurde, einen Bürgermeisterposten mit diesem Zeitpunkt zu erhalten.

In ebendem Schacher haben die sozialdemokratischen Führer die Arbeiter verraten. Sie haben nicht einmal mehr für notwendig gehalten, nach außenhin über die Ausnutzung der Mehrheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen zu reden. Sie haben den bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Senatsmitglieder geliefert. Die Kommunisten hatten den Sozialdemokraten erklärt, daß sie bereit sind, eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen, solange diese Regierung Arbeiterinteressen vertrete. Die sozialdemokratischen Führer haben damals die Verhandlungen im Interesse der Koalition mit dem Bürgertum geprengt.

Die Hamburger Regierungsbildung ist ein bedeutendes Beispiel für das Verhalten der SPD-Führerschaft zu den Reichstagswahlen. So wie in Hamburg, kennen auch im Reich die SPD-Führer kein anderes Ziel, wie das unbedingte Anstreben der Koalitionsregierung. Alle Nebenarbeiten, die jetzt von den SPD-Führern gegen das Bürgertum und seine Politik angeführt werden, müssen von den Arbeitern betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt dieses Hamburger Vorganges.

Die SPD überläßt dem bürgerlichen Bürgermeister die erste Stelle und will eventuell 1930 diese Stelle übernehmen. Die Verfassung Petersens ist das beste Zeichen dafür, daß die SPD keinen, auch nicht den geringsten Konflikt mit dem Bürgertum will. Diese Schacherpolitik nennt die SPD dann Klassenkampf. Für diese erbärmliche Schacherpolitik sollen die Arbeiter beim Reichstagswahlkampf gewonnen werden. Heißner, Toni Sender und Edel versuchen, diesen Schacher mit rabulischen Phrasen zu verdecken. Die Arbeiter dürfen sich aber nicht täuschen lassen, die SPD ist und bleibt die treueste Stütze des Kapitalismus.

Der Prozeß gegen die Berliner Faschisten

Ein Rotfrontkamerad erkennt Schärer als Revolverhelden

In dem Landfriedensbruch gegen 7 Nationalsozialisten wurden heute die verwundeten Mitglieder der Schützenkapelle den Angeklagten gegenübergestellt. Diese mußten die gleiche Kleidung anlegen, die sie an jenem Sonntag getragen haben. Die Mehrheit der Angeklagten erklärten daher in gelben Hemdblusen. Der Hauptangeklagte Schärer mußte sich seinen Rinnbart abradieren lassen, den er sich zugelegt hatte, um sein Gesicht zu verbergen. Zunächst wurde der Zeuge Vohle vernommen, der am schwersten verwundet worden war und nicht weniger als fünf Schüsse erhalten hatte. Vor dem Richterlich waren auf einer großen Tafel die zerbrochenen Instrumente der KKK-Apelle aufgebaut. Vohle bekundete: Bereits, als wir in Trebbin auf dem Bahnhof ankamen, war dieser schon gedrängt voll von Nationalisten. Wir hörten die Rufe: „Ihr roten Hunde, euch schlagen wir tot, auf euch haben wir bloß gewartet“. Dann ging es gleich los, ein fürchterlicher Steinregen. Als sich der Steinregen legte, sprangen die Nationalsozialisten auf die Treppentritte. Das Bombardement ging weiter. Kurz vor Lichterfelde wurde uns zugerufen: „macht euch fertig, jetzt kommt das

Ende“. Dann bekam ich den ersten Schuß in den Mund. Der Zeuge bekundete, bestimmt, das Schärer der Schüsse war.

Als der schwerverwundete Zeuge aus dem Wagen heraus war, wurde ihm noch zugerufen: „Hund, dir schlag ich tot“. Der Zeuge flog auf die Eisenbahnschienen und als ihn ein Beamter wieder hochgehoben hatte, wurde er mit Stiefeln getreten. An der Sperre wurde er weiter geschlagen und losgerissen die Treppe heruntergeworfen.

Die übrigen Zeugen bestätigten die Aussagen von Vohle. Der Zeuge Hinkelmann, der zur Zeit des Überfalls im KKK war, und dann zu den Nationalsozialisten übergetreten ist, muß auf die Frage des Rechtsanwalts Samter nach den materiellen oder ideellen Gründen dazu, antworten: „Teils so, teils so“. Der Zeuge Hinkelmann will angeblich aus Sorge um seine Familie aus dem KKK ausgetreten sein. Rechtsanwalt Samter kann ihm aber nachweisen, daß er eine Unterstützung der Roten Hilfe an seine Familie nicht abgeliefert, sondern unterschlagen hat.

Die Verhandlungen dauern fort.



Die Angeklagtenbank

Zur 5. Reichskonferenz des RFB

Von Ernst Thälmann

Die Schutz- und Abwehrorganisation des deutschen Proletariats, der Rote Frontkämpferbund, tritt am 23. März zu seiner 5. Reichskonferenz zusammen.

In Hamburg werden die Delegierten des RFB aus dem ganzen Reich zusammentreffen, um über die Linie und die Methode der kommenden Arbeit wichtige Beschlüsse zu fassen. Es gilt, den Vormarsch der Roten Front durch klare Aufgabensetzung, durch erschöpfende Analyse der politischen Fragen und durch offene Selbstkritik an den Schwächen und Mängeln der bisherigen Arbeit zu fördern.

Gewaltige Aufgaben gilt es zu lösen! Der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen rächt die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in grelle Beleuchtung. Die Rolle des deutschen Imperialismus, sein Einfließen in die Kriegsvorderfront des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, kann nicht einmal die linke SPD-Fraktion mehr leugnen. Der Schutz des proletarischen Vaterlandes, die aktive Solidarität mit dem ersten Arbeiterstaat werden zu Kampfslogungen des deutschen Proletariats. Der RFB hat es im Laufe des verflochtenen Jahres verstanden, breite Massen der Werktätigen für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Uns allen ist der übermächtige Eindruck des 3. Reichstreffens noch gegenwärtig. Und die überfüllten Kundgebungen aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Roten Armee haben bewiesen, daß die besten Klassenbewußten Schichten der Arbeiterschaft nach wie vor dem Rufe der Roten Front folgen.

Jetzt gilt es aber, sich mit dem bisher Erreichten nicht zu begnügen, sondern den faktischen Tageskampf um die Ausrüstung aller Arbeiter zu führen, die noch von den Sozialimperialisten vom Schloß der Weis, Stämpfer, Breitscheid irreführt werden und die Gefahr eines neuen 4. August 1914 nicht sehen. Es gilt auszusagen, daß die Abwägung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft durch die Reformisten ebenfalls der Durchführung des Programms des deutschen Imperialismus dienlich.

Die Einheitsfront zwischen dem Bürgerblock und der SPD bei der Vertuschung des Völkerverrats liefert den klassischen Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie die imperialistische Wehrpolitik der deutschen Bourgeoisie die Aufrüstung der Reichswehr und der Marine immer offener unterstützt. Diese Zusammenhänge den breiten Massen der Werktätigen gilt es begrifflich zu machen, den passivistischen Setzungsmonarchen des Reformismus die Enthüllung seines imperialistischen Charakters und seine gefährliche Propaganda für das Abstützungsprogramm der Sowjetunion entgegenzusetzen.

Als außerparteiliche Massenorganisation kann dabei der RFB gerade zur Sammlung der noch auf einer unentwickelten Stufe des Klassenbewußtseins stehenden proletarischen Arbeitermassen viel beitragen und auf diese Weise dem revolutionären Klassenkampf unerschöpfliche Dienste erweisen.

Im innigen Zusammenhange mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg steht das zweite große Aufgabengebiet des RFB, der Kampf gegen den Faschismus. Wohl erkannt die reformistischen Führer: „Es gibt keine faschistische Gefahr mehr!“ Gerade mit diesem Betrugsmonarch erwirbt sie sich aber als die Helfershelfer des Faschismus. Keine Liquidierung, sondern eine Veränderung der Formen der faschistischen Kriegsbekämpfung: das ist das Wesen der politischen Entwicklung der letzten Jahre. Diese Veränderung gilt es allerdings, rechtzeitig zu erkennen und die Kampfstrategie der proletarischen Schutz- und Abwehrorganisation darauf einzustellen. Es gilt, zu begründen, daß das deutsche Truktopital leicht unmittelbar faschistische Methoden verwenden wird, sobald der entschlossene Widerstand des Proletariats einen Grad erreicht, der die Durchführung der Schafmacherspolitik mit den bisherigen Mitteln unmöglich macht.

Die faschistischen Garden des Bürgerblocks werden nicht nach Haule gelockt. Sie stehen bereit, um dem Kommando der Truktopone folgend, in Wirtschaftskämpfen die streckenden und rebellierenden Arbeiter niederzuschlagen. Ihr Einfluß unter den Werktätigen selbst ist zurückgegangen, aber ebenso wie jener des Reichshannovers noch nicht gebrochen. Der RFB wird ungeachtet aller Schläge und Verfolgungen der republikanischen Polizei, ungeachtet der Verbote, der Auflösung mehrerer Ortsgruppen und der schweren Klassenurteile gegen Rote Frontkämpfer den Kampf gegen den Faschismus mit unermüdlicher und gesteigerter Energie weiterführen.

Die Arbeit des RFB seit der 6. Reichskonferenz hat erhöhte Voraussetzungen für diese gesteigerte revolutionäre Aktivität geschaffen. Die innere politische Geschlossenheit des Bundes, kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß die Verleumdung der Nationalsozialisten in die Reihen des RFB Vermittlung und Uneinigkeit hineinzutragen, mit täglichem Widerstand erndeten. Die 5. Reichskonferenz wird zu den auf verändernden Sachkonferenzen schon angenommenen Relationen Stellung zu nehmen haben, wozu die Verleumdungen, die mit den kommunistischen Organisationen in Verbindung stehen oder deren Literatur verbreiten, im RFB keinen Platz haben.

Nach in organisatorischer Hinsicht steht der RFB innerlich gefestigt und konsolidiert da. Dieser ungeschwächten Werbetaus des Bundes, steht allerdings eine kurze Fluktuation gegenüber. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der 5. Reichskonferenz, solche Arbeitsmethoden festzusetzen, die geeignet sind, nicht nur